

BUNDESMINISTERIUM II-3555 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
FÜR des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN WIEN, am 27. November 1985
DVR: 0000060

Schriftliche Anfrage der Abge-
ordneten zum Nationalrat Dr. Peter
Jankowitsch und Genossen (Nr.1645/J)

1609 IAB
1985 -12- 06
zu 1645 J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

Der Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Peter Jankowitsch und Genossen haben am 18. Oktober 1985 unter der Nr. 1645/-NR/85 an mich eine schriftliche Anfrage gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

"1. Wie haben sich die Beziehungen Österreichs zu den früheren portugiesischen Kolonien in Afrika seit deren Unabhängigkeit entwickelt?

2. Welche Leistungen hat die österreichische Entwicklungshilfe in den letzten Jahren in Richtung auf diese Staaten erbracht?

3. Hielten Sie es für zweckmässig, in einem der bedeutendsten lusophonen Staaten eine diplomatische Vertretungsbehörde Österreichs zwecks Vertretung in dieser gesamten Staatengruppe zu errichten?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

"Zu 1: Die bilateralen Beziehungen mit Angola, Guinea-Bissau, Kap Verde, Mosambik sowie Sao Tomé und Príncipe haben sich seit 1975 zwar grundsätzlich positiv entwickelt, zeichnen sich aber nicht durch grosse Intensität aus.

./.

- 2 -

Der Handel mit diesen Staaten ist verhältnismässig gering, die Entwicklungszusammenarbeit ist jedoch bedeutend verstärkt worden. Mosambik und Kap Verde gehören zu den Schwerpunktländern der Entwicklungshilfe. Sachlich stehen dabei die Massnahmen der Ernährungssicherung und der integrierten ländlichen Entwicklung sowie die Entsendung österreichischer Fachkräfte im Vordergrund.

Die politischen Kontakte sind eher spärlich. Angola, Mosambik und Sao Tomé haben in Österreich keine diplomatische Vertretung und sind auch nicht mitakkreditiert. Guinea-Bissau und Kap Verde haben ihre in Brüssel bzw. in Rom residierenden Botschafter in Wien mitakkreditiert.

Österreich ist in Angola durch den Botschafter in Sambia mitakkreditiert, in Guinea-Bissau und in Kap Verde durch den Botschafter in Senegal, in Mosambik durch den Botschafter in Simbabwe und auf Sao Tomé durch den Botschafter in Zaire.

Österreich ist an einer Intensivierung seiner Beziehungen zu den Staaten Afrikas grundsätzlich interessiert. Dieses Interesse wurde in der Rede des Herrn Bundesministers vor der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York bekräftigt.

Der Ministerpräsident von Kap Verde war im Oktober 1984 auf Arbeitsbesuch in Wien. Ein bei diesem Besuch erörtertes Abkommen über landwirtschaftliche Kooperation wurde inzwischen unterzeichnet.

Eine weitere Intensivierung der bilateralen Beziehungen mit den Staaten des lusophonen Afrika ist im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten beabsichtigt."

./.

- 3 -

"Zu 2: Diese Leistungen sind für die Zeit von 1982 bis 1984 folgende:

		Zuschüsse <u>in öS</u>	Kredite <u>in öS</u>
Angola	1982	1,099.434	-
	1983	2,253.949	-
	1984	950.000	15,352.000
Guinea-Bissau	1982	2,296.147	-
	1983	1,420.930	-
	1984	937.000	-
Kapverdische Inseln	1982	23,089.599	-
	1983	22,773.871	-
	1984	33,580.676	-
Mozambique	1982	28,292.614	-
	1983	2,648.000	-
	1984	13,768.803	46,000.000
Sao Tomé und Príncipe	1982	1,200.00	-
	1983	-	-
	1984	-	-

davon Projekte (Aufwand 1982 - 1984):

Angola:	Einschulung von mit Tierzucht beauftragten Beamten des angolischen Landwirtschaftsministeriums	131.000
---------	--	---------

./.

- 4 -

Guinea Bissau:

Medikamente	177.000
-------------	---------

Kapverdische Inseln:

Staatsfarm Justino Lopez	26,666.000
Biogasanlage	9,273.000
Nahrungsmittelhilfe	17,177.000
Boden- u. Wasserkonservierung	6,091.000

Mosambique: Nahrungsmittelhilfe	36,214.000
---------------------------------	------------

Sao Tomé & Príncipe:

Düngemittel	1,200.000"
-------------	------------

"Zu 3: Die Errichtung einer österreichischen Vertretungsbehörde in einem der lusophonen Staaten wäre - langfristig gesehen - politisch und wirtschaftlich sicher wünschenswert. Die Errichtung einer solchen Vertretungsbehörde hat jedoch finanzielle und personelle Voraussetzungen, die derzeit bedauerlicherweise nicht gegeben sind."

Der Bundesminister
für Auswärtige Angelegenheiten:

